

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 10

Artikel: Krise der Opposition oder Krise der Diktatur? : Eine Samisdat-Analyse zur Situation in der UdSSR
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

so oder so nicht entscheiden. Für mich ging es um den Brei. Für jeden Löffel Zuschlag musst du schon einen Trick anwenden. Mein Vater war ein kleiner Beamter gewesen; ich wollte endlich hinein ins Ei.»

Die Zelle schwieg. Obwohl gerade das Thema der Partei sonst immer die heftigsten Auseinandersetzungen entfachte. Von den 120 Insassen waren etwa 20 Kommunisten und ungefähr ebenso viele Antikommunisten. Die übrigen waren weder Fisch noch Fleisch. Sie hatten früher über die Politik nie so richtig nachgedacht und konnten dafür jetzt um so gründlicher darüber nachdenken, warum sie eigentlich politische Sträflinge geworden waren. Nun, die Zelle schwieg, nahm keine Stellung. Denn man spürte, dass der «gelbe Mandarin» noch interessantere Sachen erzählen würde, und man wollte ihn nicht abschrecken. So konnte Alexander fortfahren, ohne Einwände anhören zu müssen.

In seinem ersten Brief an Martha berichtete er stolz über seinen unverhofften Aufstieg zum Studienrat. Kurz danach, am 15. August 1947, kam die «Stabilisation»; die Inflation nahm ein Ende. Nun konnte man schon den Wert eines Gehaltes erkennen; viel war es eben nicht.

Der Briefwechsel zwischen Alexander und Martha nahm ständig zu.

«Martha war richtig vom Land. Sie schrieb, offen gesagt, ziemlich primitiv. Ich dachte gelegentlich daran, ihr die Briefe jeweils zurückzuschicken, die Fehler rot angestrichen, damit sie es lerne; aber was hätte mir das schliesslich genützt? Mitte Oktober kam sie für eine Woche zu Besuch. Mit einem grossen Koffer voll «Schweinereien». Nachts schlief sie mit meiner Schwester in einem Bett, tagsüber kochte sie. Das konnte sie erstklassig, muss man zugeben... Eines Nachmittags — wir waren allein zu Hause — drückte ich sie auf das Sofa nieder... Sie sträubte sich nicht. Sie war eine ruhige, folgsame Frau; auch der Akt brachte sie nicht aus dem Häuschen. Danach assen wir Schweinebraten mit Nockerln; das kochte sie ausgezeichnet. Die Nockerln waren weder zu gross noch zu klein, weder zu hart noch zu weich... und die Bratensauce... ich kann nur sagen: alle zehn Finger schleckt ihr euch ab.

Wir gingen auch auf Wohnungssuche. Martha meinte, wenn ich zu Weihnachten die Werbung wiederhole, werde ihr Vater zustimmen, und zu Ostern könnte man Hochzeit feiern. In der Majalis-Strasse fanden wir auch eine angemessene Zweizimmerwohnung. Man verlangte 15 000 Lei Abfindung. Für mich zwei Jahre Gehalt; für Marthas Vater der Preis von zwei Ochsen.»

Die Sache lief nach Plan. Weihnachten hielt Alexander wieder um Marthas Hand an. Der pensionierte Dorfnotar zog ihn gerührt an seine Brust und schmatzte ihm einen Kuss auf die Glatze: «Wenn ihr euch liebgewonnen habt, wollen wir euer Glück nicht verhindern. Wenn nur unser Kind einen tüchtigen, fleissigen Mann bekommt.»

Nach altem Brauch lud er dann seinen künftigen Schwiegersohn zu einem kleinen Tête-à-tête bei einem Glas Pflaumenschnaps in das innerste Gemach und erläuterte ihm, welche finanziellen Massnahmen er im Interesse dieses besagten Glücks in die Wege zu leiten bereit sei. Er wollte alles bezahlen, was mit der Wohnung zusammenhing, Abfindung und Einrichtung. Dazu Martha eine laufende Apanage in der Höhe von Alex-

anders Gehalt ausrichten. Und in natura würde es Mehl, Schwein und Geflügel geben, soviel der Haushalt eben benötige.

Der König dankt ab; Genosse und Kulaken feiern eben Verlobung

Alexander rieb sich vergnügt die dünnen Hände. Am Neujahrstag wurde mit zwanzig Geladenen Verlobung gefeiert.

Marthas Onkel, ein reicher Pferdehändler, zwei Meter hoch, drei Zentner schwer, hielt die Festrede und drückte Alexander so herzlich an sich, dass die sofortige Folge ein Hexenschuss war. Die Feststimmung wurde bloss von der Nachricht getrübt, dass am Vortag König Mihail abgedankt hatte und die Republik ausgerufen worden war. Alexander selbst fühlte sich von dieser politischen Wende gar nicht betroffen, sondern spürte im Gegenteil so etwas wie Stolz, denn seine Partei hatte ja diesen unerwarteten Coup durchgeführt. Nur verbarg er dieses Gefühl vor

seiner neuen Verwandtschaft, «diesen Kulaken». Die hinkende Tante, die eigentlich das Hauptverdienst an diesem Familienfest hatte, war natürlich auch zugegen. Alexander hatte kurz zuvor eine Auseinandersetzung mit ihr gehabt. Sie forderte ihre Provision; er aber meinte, sie solle sich nicht an ihren Verwandten bereichern wollen, und bot ihr nur tausend Lei an. Sie warf ihm dieses «Trinkgeld» empört vor die Füsse und verfluchte ihn samt seinen Nachkommen. Alexander liess das kalt; er war weder abergläubisch noch gläubig. In Sibirien hatte er seinerzeit erfolglos Tag für Tag inbrünstig für seine Befreiung gebetet und dann damit aufgehört. Und just danach hatte man ihn plötzlich als Dolmetscher von physischer Arbeit befreit. Diese Begebenheit hatte ihn, abergläubisch wie er nicht war, in seinem Atheismus verhärtet.

Jedenfalls schien der Fluch der Tante vorerst auch keine Wirkung zu haben.

(Fortsetzung folgt)

Eine Samisdat-Analyse zur Situation in der UdSSR

Krise der Opposition oder Krise der Diktatur?

Von Valerij Tarsis

Samisdat-Dokumente sind immer ein Zeugnis. Wenn sie darüber hinaus die gesamte Lage in der Sowjetunion analysieren, gehören sie als Beurteilungen sowjetischer Dissidenten mit ins Bild, das man sich aus Indizien vom «Stand der Union» machen kann. Von einer solchen Arbeit ist in diesem Beitrag von Valerij Tarsis die Rede.

In letzter Zeit ist viel die Rede von einer zunehmenden Krise der sowjetischen demokratischen Bewegung: das KGB hat seine Repressionen wieder erheblich verschärft; Aktive wie Jaur's Medwedew, Alexander Jessenin-Volpin, Valerij Tschaldise und zahlreiche andere sind in die freie Welt gefahren; der verhaftete Pjotr Jakir hat angeblich verräterische Aussagen gemacht.

Erstarkende Diktatur gegen entmutigte Demokraten?

Mir stellt sich die Lage nicht so einfach dar. Eine Krise besteht zweifellos im gesellschaftlichen Leben der UdSSR. Dass es sich dabei eher um eine Krise der Diktatur handelt, bezeugt nicht nur das handelspolitische Interesse der Führung, sondern — von anderer Seite — auch das unlängst im Westen bekanntgewordene Samisdat-Dokument von A. Ljadow: «Bemerkungen über die gegenwärtige Krise.»

Ein Unterschied zwischen Stalimus und Neostalimus: Die Mobilisations- fähigkeit ist verschwunden

Vor allem hält der kritische Sowjetmensch Ljadow (von Beruf Journalist?) fest, dass die Krisenzeichen in der Sowjetunion chronisch und allumfassend geworden sind und sowohl Politik und Wirtschaft als auch das Alltagsleben des Bürgers beeinträchtigen. Nennen wir nur die Spannungen im Politbüro, die auch durch personelle Umbesetzungen nur verdeckt, nicht aber

positiv gelöst werden konnten; die mehr als ernste Lage in der Landwirtschaft; die Inflation; die Nichterfüllung des Plans in einer ganzen Reihe von Branchen.

«Die Krise äussert sich vor allem darin, dass die politischen Institutionen totalitärer Art, die in der Epoche des Stalinismus ein relativ hohes Potential zur Mobilisierung kollektiver Anstrengungen der Nation besaßen, diese Möglichkeit jetzt eingebüsst haben», analysiert Ljadow. Die heutige Führung ohne echte Führerpersönlichkeit ist nur darum besorgt, an der Macht zu bleiben, und konnte nicht «einfach» zum Stalinismus zurückkehren, sondern musste verbale Konsum-Zugeständnisse an die Bevölkerung machen, die aber ohne einen liberaleren Kurs, wie ihn Chruschtschow anfänglich einschlug, nicht zu erfüllen sind. So fehlt dieser Führung die Unterstützung; im Lande herrscht Unzufriedenheit; und mit der Suche nach einer Alternative wächst die demokratische Bewegung. Repression ist letztlich immer konterproduktiv. Und obwohl es noch immer rund tausend volle KZs gibt und obwohl eine Million sowjetischer Bürger in diesen KZs hungert und schuffet und stirbt, nimmt doch die Zahl der Dissidenten — im weitesten Sinn — stetig zu. Ob artikuliert oder nicht — das Volk sucht die Fesseln des totalitären Regimes abzuwerfen, denn wer in der UdSSR arbeitet, wird damit konfrontiert, dass ohne politische Freiheit ein gesundes Gedeihen der Wirtschaft unmöglich ist und dass unter dem Breschnew-Regiment das Land zu ewiger Rückstän-



Librometer

Die in der Buchhandlung SOI im April 1973 meistverkauften Titel:

1. Die Demokratie der Teilnahme
2. Streuli, Die Jesuiten in der Schweiz
3. Sichere und anerkannte Grenzen
4. Die Frage des Zivildienstes
5. Moser, Operation Null
6. Guggenheim, 30 mal Israel
7. Wehrwille - Menschenrechte

Bücher aus dem Verlag SOI sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

**Buchhandlung SOI, Jubiläumsstrasse 41
3000 Bern 6, Tel. 031 43 12 15**

digkeit, zu einer Vertiefung der Wirtschaftslücke verurteilt ist.

Leerlaufen lassen - vollaufen lassen

«Die Produktion und Planung verwandelt sich in ein leeres Spiel mit Zahlen, bei dem sich hinter täuschenden Kennziffern bedrohliche Anzeichen des Bankrotts verbergen. In den Lagerhäusern häufen sich ‚nichtrealisierte‘ Waren (das heisst wegen schlechter Qualität unverkäufliche — V.T.) im Wert von Milliarden von Rubeln, als unvollendete Baute erheben sich Tausende von Industrieobjekten (oder erheben sich eben nicht; der Bau einer Fabrik kann bis zu 12 und 15 Jahren betragen — V.T.), und Millionen von Sowjetmenschen stehen tagelang in den Schlangen, um Gegenstände des täglichen Bedarfs zu *ersehen*», berichtet Ljadow aus Sowjetrußland. Die politischen Machthaber, die faktisch von niemandem gewählt wurden — die Farce der sowjetischen «Wahlen» dürfte auch hierzulande bekannt sein —, vernebeln sich durch ihre verlogene Propaganda selbst den Blick, haben die Empfindung für die Realität eingebüßt und sind echter Verantwortung nicht fähig, ebensowenig wie zur Lösung der Probleme, vor denen das Riesenreich steht. Ljadow bemerkt ironisch:

«Die halbetrunkenen Führer wollen ihre betrunkenen Untertanen, die sie im Verlaufe von Jahrzehnten zu Alkoholikern gemacht haben, überreden, das Trinken nun zu lassen. Das Wodkamonopol — die Grundlage der politischen Herrschaft und des Finanzsystems — vermag das Land schon nicht mehr vor dem Zusammenbruch zu retten.»

Akademienmitglied Sacharow hat bekanntlich auch wiederholt auf diesen schreienden Missetand hingewiesen, und wir erwähnten kürzlich (ZB Nr. 7/1973) Lenins Kritik am zaristischen «besoffenen Budget».

Nicht übernommene Rückständigkeit, sondern akute Rückschrittlichkeit

Die Wirtschaftslage wird nicht etwa plangemäss besser, sondern der Plan musste heruntergeschraubt werden. Denn die Arbeitsproduktivität will nicht steigen. Zu viele Apathische und Ent-

täuschte drücken sich vor dem Arbeiten, wie sie nur können, denn sie erhalten ja eine minime Entschädigung dafür. Der Wodka spielt dabei auch eine Rolle. Was soll da noch die Propaganda von den Vorzügen der sogenannten «sozialistischen Arbeit»?

Negative Feststellungen — von negativen Tatsachen: Mit ihrem Wachstumstempo steht die UdSSR nicht nur hinter den USA, der BRD und Japan zurück, sondern sogar hinter Italien und Brasilien.

Bezüglich Wissenschaft und Technik kommt die Sowjetunion ebenfalls zusehends mehr in den Rückstand; von «Einholen und Ueberholen» nicht die Spur. Laut dem eben emigrierten sowjetischen Journalisten Belozerkowskij haben in den USA auf 1000 Menschen der Bevölkerung 70 höhere Bildung, während es in der UdSSR heute 20 sind, das Niveau der USA vor 40 Jahren. (Der Inhalt dieser Aussage ist nicht so klar; man müsste die Vergleichsgrundlage der «höheren Bildung» kennen. Aber es ist äusserst aufschlussreich, dass ein sowjetischer Journalist mit sowjetischer Bildung das so sieht. Anm. Red. ZB.)

Was die *Qualität* der höheren Bildung in der UdSSR anbelangt, so ist diese zwar bedeutend enger spezialisiert, hält aber hinsichtlich Gründlichkeit und Ueberblick den Vergleich mit dem westlichen Standard nicht aus. Mir haben viele Fabrik- und Sowchosedirektoren geklagt, ein junger Agronom oder Ingenieur wisse weniger als die alten, erfahrenen Arbeiter. Angesehene sowjetische Gelehrte haben festgestellt, dass sie ohne grundlegende Veränderung im Bereich der wissenschaftlichen Information, der höheren Bildung sowie der Anwendung von elektronischen Rechenmaschinen in absehbarer Zukunft ihre westlichen Kollegen ganz einfach nicht mehr würden verstehen können.

Man vergegenwärtige sich die Frustrierung zahlloser fähiger Sowjetbürger, die beobachten, wie Russland stufenweise erneut in die Position eines Rohstofflieferanten für den Westen abgeleitet, jedoch mit dem Unterschied zu früheren Jahrhunderten, dass Weizen, Flachs und Wachs auf der Exportliste fehlen — die Produkte der «auf Jahrzehnte hinaus vernichteten Landwirtschaft» (Ljadow).

Privilegien tarnt man nicht länger; man stellt sie aus

So *muß* sich das moralische Klima des Landes zunehmend verschlechtern. Auch aus einem andern Grund, den Ljadow hervorhebt: «Die Unverschämtheit der Nouveau-riches (also der Parteibürokraten) hat den Gipfel erreicht. Sie kümmern sich schon kaum mehr darum, die systematische Plünderung des Landes durch das System der geschlossenen Verteilstellen zu verheimlichen. Sie verstecken ihre luxuriösen Villen (auf Staatskosten erbaut — V.T.) schon nicht mehr hinter Lattenzäunen, sondern bauen sie im Zentrum Moskaus.»

Es liegt im System, dass diese «Stützen der Gesellschaft» — ähnlich wie einst Hitler — auf ein tausendjähriges Reich hoffen. Die Zukunft verspricht indessen anderes: «Alles spricht dafür, dass in den nächsten Jahren im Lande politische Stürme ausbrechen werden, die auch bisher friedlich dahinvegetierende Bevölkerungsschichten in ihren Wirbel zu ziehen drohen.»

Repression bringt keine Entspannung der At-

mosphe, sondern verspricht eine Entladung. Ljadow neigt da zu entschiedenem Prognosen, die die Meinung weiter Kreise der Intelligenz wiedergeben: «Es ist nicht ausgeschlossen, dass die erste Etappe im Kampf an der Spitze mit dem Machtantritt einer technokratischen Oligarchie stalinistischen Typs endet (Bajbakow?, der heutige Vorsitzende des Gosplan, das heisst des Staatsplans — V.T.), durch eine akute Verschärfung der aussenpolitischen Situation (China) bis zu militärischen Konflikten, mit dem Anfang nationalistischer Unruhen in den autonomen Republiken (Litauen! — V.T.), und eine neue Zuspitzung der Lage in den Satellitenländern. Allem Anschein nach wird der Kampf auch auf die Strassen getragen werden und Züge der ‚Kulturrevolution‘ annehmen.»

Wo also liegt die Krise?

Angesichts dieses Berichts sind die Folgerungen des amerikanischen Korrespondenten J. Pipert über die angeblich erlöschende demokratische Bewegung in der UdSSR, motiviert mit dem antidemokratischen Vorgehen des KGB und mit den kolportierten «Geständnissen» von Jakir und Krasin, zurückzuweisen (wie das auch der «frische» Emigrant Belozerkowskij in der «Russkaja mysl», Paris, getan hat).

Natürlich ist das KGB zum Angriff übergegangen — sie spucken jetzt auf die Meinung der Öffentlichkeit, nachdem der Westen mehr und mehr nach links rutscht und die Annäherung mit dem diktatorischen Regime sucht. Prof. Sacharows diesbezügliche Feststellung sollte nicht vergessen werden: Nach dem Besuch Präsident Nixons seien die Behörden spürbar unverschämter geworden, da sie gemerkt hätten, dass sie dank der Entspannung auf die Meinung des Westens pfeifen könnten.

Das ist zutreffend. Im vergangenen Jahr wurden in der Sowjetunion mehr Menschen verhaftet als während vieler Jahre nach Stalins Tod. In den Gefängnissen und Lagern ist das Regime inhumaner geworden und zielt auf die physische Vernichtung der Häftlinge ab. Andererseits soll die Opposition nicht gänzlich zum Schweigen gebracht werden, denn sie dient den Verantwortlichen als bequemer Vorwand dafür, unablässig zu erklären, alle Not und Schwierigkeiten kämen daher, dass viele den «Leninschen Kurs» sabotierten, nicht «kommunistisch arbeiteten», das Vaterland verrieten. Wenn ein totalitäres System keinen Feind hat, muss es einen erfinden.

Der liebe Westen

Die zweifach prekäre Lage der sowjetischen Führungsspitze gewährt den demokratischen Kräften im Lande neuen Manövrierraum, aber auch den aussenpolitischen Kräften der Demokratie, obschon man beobachten muss, dass die freie Welt mehr damit beschäftigt ist, vorteilhafte Handelsabkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen, als sich um die freiheitsliebenden Kräfte im Lande zu kümmern und sie — mindestens moralisch — zu unterstützen.

«Die Menschen in der freien Welt sollen bitte nicht vergessen», schreibt V. Belozerkowskij, «dass die UdSSR eine Supermacht ist, die über die Möglichkeit verfügt, alles Leben auf der Erdkugel doppelt zu vernichten, und dass die sowjetischen Dissidenten, die die Demokratisierung ihres Landes erstreben, und ein System, bei dem die Gesetze geachtet würden, damit auch für die Interessen der ganzen Menschheit kämpfen.» ■

Académie Européenne de Science Politiques

rue du Lombard, 68 B-1000 Bruxelles, Tel. 02/11 62 52 - 11 - 57 44
 Ständiger Sekretär: Florimond Damman

Die Académie Européenne de Science Politiques hat auf Ihrer 7. Versammlung in Brüssel am 26. Januar 1973 einstimmig den nachfolgenden Aufruf für eine echte «europäische Sicherheit» angenommen, der von 13 Persönlichkeiten aus dem gesamten französischen politischen Leben erarbeitet wurde mit dem Ziel, eine gemeinsame Position aller europäischen Teilnehmerstaaten an der Konferenz von Helsinki zu erreichen.

Aufruf

Praktische Vorschläge für den Abschluss von Vereinbarungen zwischen Ost und West

Damit die Glaubwürdigkeit des Westens nicht in Frage gestellt werden kann, wird davon ausgegangen, dass keine westliche Forderungen an den Osten gestellt werden, die der Westen nicht selbst zu gewähren bereit ist.

1. Die Völker müssen sich kennenlernen: Freizügigkeit für Menschen

- Abschaffung des Pass-, oder zumindest des Sichtvermerkszwangs, wie dies in den westeuropäischen Ländern bereits geschehen ist.
- Freier Reiseverkehr mit einfachem Personalausweis.
- Freier Reiseverkehr auf dem gesamten Staatsgebiet aller Länder.
- Freie Kontaktmöglichkeiten mit allen Bürgern: Unterkunft, Einladung in die Familien usw.
- Niederlassungsfreiheit für jeden Europäer in jedem europäischen Land.
- Freiheit der Eheschließung zwischen allen Europäern.
- Verstärkter Jugendaustausch zwischen allen europäischen Staaten: Studenten, junge Arbeiter, junge Landwirte usw.; Aufnahme in den Familien des jeweiligen Gastlandes.
- Vermehrung der internationalen Begegnungen verschiedener Berufsgruppen; Aufnahme in die Familien des jeweiligen Gastlandes.
- Zur Förderung dieser Austauschprogramme: Sonderpreise im Bahn- und Flugverkehr, Benzinpreisvergünstigungen (Benzingutscheine für Touristenverkehr) usw.

2. Die Menschen müssen sich besser kennenlernen, um sich besser zu verstehen: Freizügigkeit für Ideen

- Völlig freier Verkehr von Zeitungen, Büchern und Filmen zwischen Ost und West.
- Verstärkung des Sprachunterrichts. Vermehrte Uebersetzung und Verbreitung von Schrifttum aller Länder untereinander.

3. Abrüstung

- In der ersten Phase Schaffung eines Gleichgewichts, der militärischen Streitkräfte in Europa. Die Spannungen werden durch das bestehende Ungleichgewicht verursacht.
- In einer darauf folgenden Phase: progressive Rüstungsverminderung.
- Sowohl die Schaffung des Gleichgewichts wie auch der Abbau der Rüstungen setzen eine gegenseitige Kontrolle voraus. Diese ist der Westen bereit, in jeder Weise zu gewähren; er fordert, dass ihm vom Osten gleiches gewährt wird.

4. Beziehungen zwischen den europäischen Staaten

- Einsetzung eines Schiedsgerichtshofes zur Regelung von Streitigkeiten zwischen den europäischen Staaten.

M. Antoine PINAY: ehemaliger Ministerpräsident

M. COURROY: Senator, Fraktionsvorsitzender der Indépendants et Paysans im Senat

General GANEVAL: ehem. Generalsekretär im Präsidium (Elysée) (UNR)

M. Alain GRIOTTERAY: Abgeordneter (Republicain indépendant)

M. LAMPERT: Senator, stv. Fraktionsvorsitzender der Indépendants et Paysans im Senat

M. Jean LECANUET: Senator, Bürgermeister von Rouen, Vorsitzender des Aussenpolitischen- und Verteidigungsausschusses im Senat; Parteivorsitzender des Centre démocrate

M. Max LEJEUNE: Abgeordneter (Soc.), ehem. Minister

Pr. P. LEPINE: Akademie der Wissenschaft, Mitglied des Rates von Paris

M. Gaston MONNERVILLE: ehem. Präsident des Senats, Präsident der französischen Sektion der Liberalen Weltunion (gauche démocratique)

M. André MONTEIL: ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat (centre démocrate)

M. Michel de SAINT-PIERRE: Schriftsteller

General Paul STEHLIN: Abgeordneter von Paris (centre démocrate)

M. Jean-Raymond TOURNOUX: Journalist und Schriftsteller

(Dieser Aufruf erschien zuerst in «Le Monde moderne» Nr. 2/1973)

Die Académie Européenne de Sciences Politiques sammelt Unterschriften unter diesen Aufruf in allen Ländern Westeuropas. Sie sollen zusammen mit dem Aufruf alsbald den einzelnen Regierungen der europä-

schen Teilnehmerstaaten an der «Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit» (KSZE) übermittelt werden. Die Unterschriften sind an die oben genannte Brüsseler Anschrift zu senden.

Name:

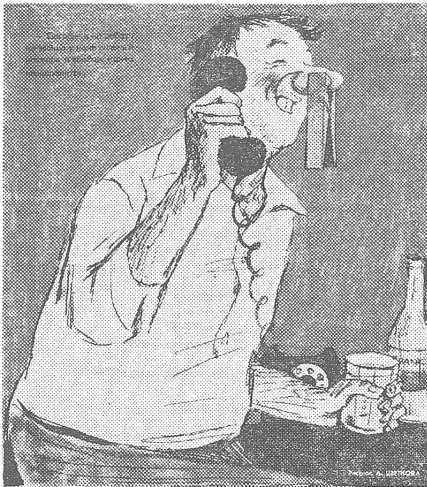
Adresse:

.....

.....



Im Spirituosenladen: «Wieder niemand da! Wie lange sollen wir eigentlich noch Arbeitszeit verplumpen?»



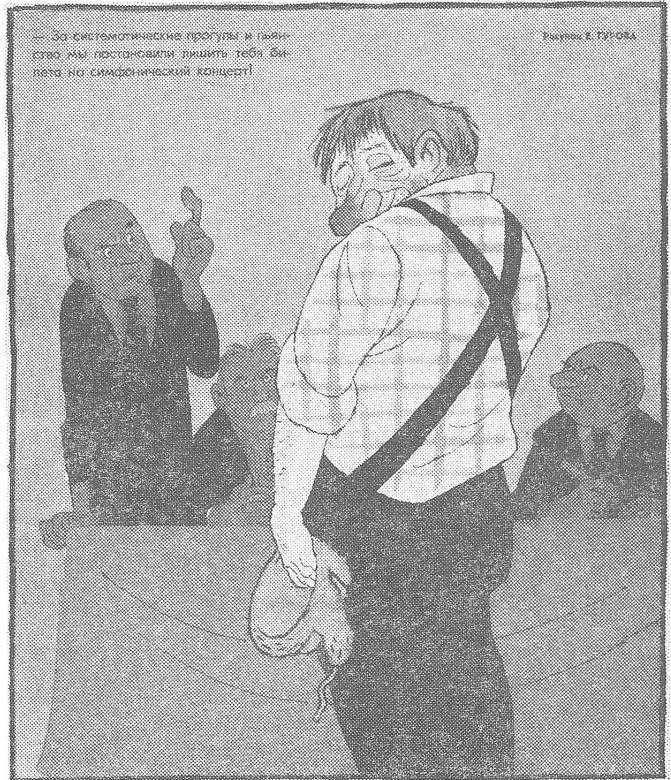
Der Wodkakranke: «Heute kann ich nicht zur Arbeit kommen. Ich habe starken Schnupfen und fühle mich überhaupt nicht so gesund.»



«Der Säugling und seine liebe Mutti. Uebrigens sind auch die Onkel, Tanten, Landsleute (aus derselben Region), Nachbarn und sogar die Chefs ebenso lieb.»

Die fürchterliche Strafe: «Für dein systematisches Blaumachen und Trinken haben wir beschlossen, dir die Eintrittskarte zum Symphoniekonzert zu entziehen.»

Die sogenannten Kameradschaftsgerichte haben die Befugnis, ausserhalb von Strafverfahren sowohl Bussen zu verhängen als auch «gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen» anzuwenden. Die Annahme, dass ein gewöhnlicher Werkträger irgendwie an der unter's Volk gebrachten Kultur interessiert sei, gilt offenbar als Witz.



«Krokodil», Moskau

Die glasklaren Sachen

Im Personalbüro droht man dem rotnasigen Gewohnheitstrinker die Entlassung an. Ihm macht es nichts aus: «Schmeissen Sie mich nur ruhig raus! Die Personalchefs der Betriebe nebenan warten schon auf mich.»

Ein Motiv, das also auch in der Sowjetunion nicht unbekannt ist. Eigentlich sollte im Arbeitsbüchlein, das jeder Werkträger während seiner Anstellungszeit beim Betrieb deponiert hat und bei einem neuen Stellenantritt vorweisen muss, der Grund für jede Lösung des Arbeitsverhältnisses angeführt sein. Aber mancherorts hat sich die humane Praxis eingebürgert, eher eine ehrbare Begründung anzuführen, wenn der unerwünschte Angestellte dafür von selber geht.

